



## **Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 19. November 2022 in Bochum**

### **Innovative Kommunalpolitik. Neustart vor Ort.**

Unser Ziel ist es, mit innovativer Kommunalpolitik eine breite positive Verankerung der Union in der Gesellschaft zu bewirken: Über die Rathäuser zu neuen Mehrheiten im Bund und in den Ländern. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind Gesicht und Stimme der Union vor Ort. Mit mehr Gestaltungsfreiheit und Zutrauen für diese Arbeit durch die Länder und den Bund lassen sich mehr Menschen gewinnen und begeistern. Aber auch vor Ort müssen Verfahren verschlankt und für eine bessere Unterstützung des kommunalpolitischen Ehrenamtes gesorgt werden.

In der Krise ist und war auf die Kommunen und die kommunalen Amts- und Mandatsträger Verlass. Das unterschiedliche passgenaue Handeln vor Ort und die Dezentralität bewahren uns vor zentralem Scheitern und Gleichmacherei. Wenn es in einem Ort Fehler oder Fehlentwicklungen gibt, gelingt es aber in 9999 anderen Kommunen passende Lösungen anzubieten. Das sei all denen gesagt, die mit schneller Hand im Bund Regelungen und individuelle Rechtsansprüche gegen die Kommunen aufsetzen. Und es sei denen gesagt, die Einzelfälle in der Öffentlichkeit zur Skandalisierung des Ganzen ausnutzen, ohne die vielen guten Beispiele normaler kommunaler Selbstverwaltung zu würdigen.

In der gegenwärtigen Lage kommt es wieder auf die Kommunen an: Die Probleme der Inflation, Energie- und Rohstoffknappheit, Klimaschutz, Kriegsfolgen, Migration können von den Kommunen aber nicht eigenständig gelöst werden. Denken allerdings Land, Bund und EU die kommunale Ebene nicht mit und beziehen sie die Kommunen nicht in die Problemlösung ein, werden die Folgen der Krisen auch vor Ort immer schwieriger beherrschbar. Die Ampelkoalition und diese Bundesregierung vernachlässigen entgegen aller Beteuerungen die Kommunen. Die zum Teil kommunalfreundlichen Ankündigungen des Koalitionsvertrages werden ins Gegenteil verkehrt. Der Grundsatz der Subsidiarität ist verfassungsrechtlich zu schützen.

Wie in der Vergangenheit müssen die Kommunen als Stabilitätsanker so gestärkt werden, dass das Gemeinwesen trägt, die Versorgung der Menschen klappt und die Gesellschaft zusammenhält. Mit der Union im Deutschen Bundestag und den von der Union geführten Bundesländern müssen wir alles daran setzen, dass auch aus diesen Krisen die Kommunen gestärkt herauskommen.

Dazu braucht es durchdachte Konzepte statt unüberlegter Schnellschüsse, klare Zuständigkeiten statt unkonkreter Verweise und nicht zuletzt mit jeder Aufgabe und deren Veränderung die Sicherung der auskömmlichen Finanzierung bei den Kommunen durch Bund und Länder.

Jetzt brauchen die Kommunen einen Schutzschild:

25 Forderungen = 25 x WEHRHAFT:

1. Die kommunale Daseinsvorsorge in die Energiekostenentlastungen einbeziehen statt Entzug von dringend nötigen Finanzmitteln.

2. Unsere Stadtwerke vor Versorgungsausfall, Vermögensvernichtung und Insolvenz bewahren.
3. Mehr Anreize und Freiraum für Energieeinsparung statt staatliche Sparvorschriften und Verordnungen.
4. Bessere Anreize für Energieerzeugung im Bereich Geothermie, Biogas und Photovoltaik statt Abschaltung funktionierender Energieerzeugung.
5. Wohngeldzahlung an objektive Kriterien koppeln und vollständig digitalisieren statt Kommunen in der Krise überfordern.
6. Fördern und Fordern und echtes Kümmern um die Betroffenen statt Bürgergeld und bedingungslose Zahlungen mit der Gießkanne.
7. Unkomplizierte steuerliche Sonderabschreibungen von Maßnahmen der Energieeinsparung, der Gebäudesanierung, Energieeffizienz und der Wärmewende statt Förderdschungel.
8. Schienen, Straßen, Wasser-, Strom- und Glasfaserleitungen und 5G Mobilfunkinfrastruktur in öffentliche Hände geben statt Fehlsteuerung, Rosinenpickerei und unzureichende flächendeckende Versorgung.
9. Errichtung und Instandhaltung von Infrastruktur durch Konzessionen finanzieren statt staatlicher Förderung von privatem Kapital ohne Bindung an das Gemeinwohl.
10. Kritische Infrastruktur aktiv beschützen statt Blackout riskieren.
11. Gemeinsame staatlich-kommunale Cyberwehr aufbauen statt offene Flanken bieten.
12. CO<sub>2</sub> effizient in den Lieferketten, Herstellungs- und Verwertungsprozessen einsparen statt Öko-Nationalismus betreiben.
13. In der Kreislaufwirtschaft die Produktverantwortung voranstellen statt teure Nachbesserung, große Bürokratie und Ressourcenverschwendung.
14. Neue Herausforderungen technologieoffen statt ideologiesteuert angehen.
15. Demokratie gegen jeden Extremismus schützen statt Hass und Hetze gewähren lassen.
16. Zersplitterung der Räte stoppen statt durch Frustration die Selbstverwaltung schädigen.
17. Umsatzsteueranteil der Kommunen erhöhen statt Förderprogramme auflegen.
18. Förderprogramme zusammenfassen und entbürokratisieren statt kommunale Kräfte unnötig binden.
19. Zinsmoratorium für die Kommunen statt Zinsfalle und Haushaltsloch.
20. Migration ordnen statt ungesteuerte Zuwanderung.
21. Üben für den Ernstfall und Notfallpläne entwickeln statt unvorbereitet in die Krise stolpern.
22. Ausbau der Kinderbetreuung voranbringen und die personelle und finanzielle Überforderung überwinden statt zusätzliche Qualitätsstandards ohne Finanzierung.
23. Experimentierklauseln für Kommunen, Regionen und Länder statt flächendeckende Gleichmacherei.

24. Befristete gesetzliche und bürokratische Vorgaben statt immer mehr Vorschriften und Regelungen.
25. Höhere Grenzen für freie Vergabe statt lange Entscheidungswege und unsichere Verfahren.

### **Aus Krisen lernen**

Die gegenwärtige weltpolitische Lage, der russische Angriffskrieg in Europa, die Folgen der Globalisierung, die anhaltende Geldentwertung, die Folgen der globalen Erwärmung und der weltweiten Umweltverschmutzung, die Bevölkerungsentwicklung und Migration stellen uns auf die Probe. Frieden, Freiheit, Wohlstand und der Zusammenhalt stehen in Deutschland in Frage.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist zerbrechlicher, unsere Infrastruktur maroder, unsere Systeme anfälliger als wir dachten. Jetzt heißt es, aus den Krisen lernen und den Bedrohungen von innen und außen etwas entgegenzusetzen. Wir sehen, wie zerbrechlich unser als selbstverständlich erachteter Wohlstand ist. Die Komplexität der Abhängigkeiten und Zusammenhänge lässt keinen Raum für einfache Lösungen und Schwarz-Weiß-Denken. Und trotzdem müssen wir uns um verständliche Antworten bemühen und eine konstruktive Oppositionsrolle im Bund einnehmen.